

P r o t o k o l l

der Sitzung des Sozialausschusses am 09. Juni 2010 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Anwesenheit::

Herr Duschek	
Herr Cymek	
Herr Dr. Bittner	
Herr Biedermann	i.V. für Herrn Kochan
Frau Lembke	
Frau Pridöhl	
Frau Richter	kommt 17:30 Uhr
Herr Schmidt	
Herr Siperko	
Frau Worm	
Herr Weller	i.V. für Herrn Ziola

Entschuldigt:

Herr Ziola

Verwaltung:

Herr Dembski
Frau Gömer
Frau Kindt
Frau Dr. Kühn
Herr Scheer
Frau Bernsdorff
Frau Zenk
Herr Kasch
Frau Dahms

Gäste

Herr Brader	Stellv. Geschäftsführer ARGE
Herr Fricke	Seniorenbeirat

Frau Geisler

Vertreterin der Kleinen LIGA

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Pflegebericht - Pflegebedürftige in Greifswald im Jahr 2009
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 5.1. Aufhebung des Beschlusses „Verlagerung von Aufgaben der/des Ausländerbeauftragten an das Psycho-Soziale Zentrum für Migranten in Vorpommern e.V.“ (B625-42/03 v. 10.11.2003) und Bestellung einer/s neuen Ausländerbeauftragten (Zukünftig Integrationsbeauftragte/r)
Dez. III 05/270
- 5.2. 1. Änderung der Satzung des Kultur- und Sozialpasses
§ 3 Leistungen
Dez. III, Amt 51 05/268
- 5.3. Aufnahme des Ortsteils Schönwalde I in das Programm „Soziale Stadt“
Peter Multhaus als Vorsitzender/ Franz-Robert Liskow/ Sebastian Ratjen für die Ortsteilvertretung Schönwalde I 05/280
6. Information der Verwaltung
7. Informationen der ARGE
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Kontrolle der Maßnahmen aus dem Protokoll vom 28.04.2010
11. Bestätigung des Protokolls vom 28.04.2010
12. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Eröffnung der Sitzung

17:00 Uhr, Herr Duschek eröffnet die Sitzung. Es sind 10 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Herr Duschek hat eine Stellungnahme des Sozialausschusses zum Sparpaket der Bundesregierung als Entwurf vorbereitet und bittet darum, unter TOP 9 darüber zu beraten.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Es wird vorgeschlagen, die ausgereichte Tischvorlage „Fortführung Klimaschutzbündnis“ als TOP 5.4 auf die Tagesordnung zu nehmen. Über die veränderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

10 x ja einstimmig

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

Zu TOP: 4. Pflegebericht - Pflegebedürftige in Greifswald im Jahr 2009

Frau Bernsdorff stellt den Pflegebericht 2009 vor und weist auf die Veränderungen zum Vorjahr hin. Es wurden Maßnahmen vorgeschlagen, wie das selbständige Leben von Senioren und Pflegebedürftigen in der eigenen Wohnung möglichst lange erhalten werden kann und es wird ein Ausblick auf sich im Bau befindliche Angebote und Planungen im Pflege- und Betreuungsbereich gegeben. Der Pflegebericht wird ins Internet gestellt.

Herr Dr. Bittner regt an, im nächsten Bericht auch Aussagen zur Qualität der Einrichtungen zu machen. Diese Anregung wird aufgenommen.

Weiterhin fragt er nach den Steuerungsmöglichkeiten der Kommune bei der Errichtung von Pflegeeinrichtungen. Herr Scheer informiert, dass es ein Schreiben an das Dezernat II gibt, vor dem Genehmigungsverfahren das Amt 51 in den Entscheidungsprozess einzubeziehen.

17:30 Uhr Frau Richter kommt, es sind 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend

Zu TOP: 5. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: *Aufhebung des Beschlusses „Verlagerung von Aufgaben der/des
5.1. Ausländerbeauftragten an das Psycho-Soziale Zentrum für Migranten in
Vorpommern e.V.“ (B625-42/03 v. 10.11.2003) und Bestellung einer/s
neuen Ausländerbeauftragten (Zukünftig Integrationsbeauftragte/r)*

Herr Dembski bringt den Beschluss ein. Er gibt eine Sachverhaltserläuterung und nimmt die juristische Bewertung vor. Herr Steiger, der 1. Vorsitzende des Psycho-Sozialen-Zentrums, bittet um Redeerlaubnis, welche ihm eingeräumt wird. Er erläutert die vorher ausgereichten "Informationen für den Sozialausschuss".

Herr Siperko stellt folgenden Ergänzungsantrag:
„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob das für die Stelle des Ausländerbeauftragten bereitgestellte Geld zur Finanzierung der Projektförderung des Vereins umgewandelt werden kann.“

Über den Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 x ja, 2 x nein, 2 x Enthaltung

Über den Beschlussvorschlag einschließlich der Ergänzung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9 x ja, 2 x Enthaltung

Zu TOP: *1. Änderung der Satzung des Kultur- und Sozialpasses § 3 Leistungen
5.2.*

Herr Scheer bringt die Beschlussvorlage ein. Aufgrund der Tarifänderungen bei den Stadtwerken war es notwendig, die Satzung des KUS anzupassen.

Kritisiert wurde, dass die AG „KUS“ nicht vor der Erarbeitung der Beschlussvorlage einberufen wurde.

Herr Dr. Bittner ist aufgefallen, dass der Zuschuss bei der Monatskarte für Schüler, Studenten und Auszubildende im Verhältnis zu den KUS - Inhabern relativ gering ausfällt. Das sollte geprüft werden.

Es wird festgelegt, dass nach der Sommerpause über die Inanspruchnahme der KUS -Mittel informiert wird.

Abstimmungsergebnis:

11 x ja einstimmig

Zu TOP: *Aufnahme des Ortsteils Schönwalde I in das Programm „Soziale Stadt“*

- 5.3. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird damit beauftragt, für den Stadtteil Schönwalde 1 einen Antrag auf Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ beim Land zu stellen.

Herr Duschek bringt die Vorlage ein. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird damit beauftragt, für den Stadtteil Schönwalde 1 einen Antrag auf Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ beim Land zu stellen.“

Herr Cymek weist darauf hin, dass der Oberbürgermeister beauftragt werden muß und bittet um nochmalige Änderung. Somit lautet der Beschlussvorschlag, über den abgestimmt wird:

„Der Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird damit beauftragt, für den Stadtteil Schönwalde 1 einen Antrag auf Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ beim Land zu stellen“.

Abstimmungsergebnis:

8 x ja, 1 x nein, 2 x Enthaltung

Zu TOP: 5.4 Fortführung Klimaschutzbündnis

Herr Duschek bringt die Tischvorlage ein und weist darauf hin, dass die Einbringer der Vorlage Die Linke und die SPD sind.

Herr Schmidt weist darauf hin, dass die Einstellung eines Klimaschutzbeauftragten nicht Bestandteil der Beschlussvorlage ist.

Abstimmungsergebnis:

11 x ja einstimmig

Zu TOP: 6. Information der Verwaltung

Herr Scheer informiert über den Stand der Verhandlungen mit dem Behindertenforum.

Der Mietvertrag mit dem Behindertenforum erfolgt über das Immobilienverwaltungsamt, die Mietkosten werden in Form eines Zuschusses von Amt 51 getragen und das Behindertenforum beteiligt sich an den jährlich wiederkehrenden Kosten. Besonders positiv ist, dass Frau Rosenthal als feste Ansprechpartnerin von Seiten des Behindertenforums für die Verwaltung fungiert.

Herr Scheer nimmt Bezug auf den OZ -Artikel vom 2.6.10 „Frauenhaus in Finanznot“, stellt den Sachverhalt richtig dar und erläutert die Aufgabenstellung der Bürgerschaft im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes.

Frau Dr. Kühn informiert über das Präventionsprojekt des Gesundheitsamtes „HaLT – Hart am Limit“, welches vom Sozialministerium mit

10.000 € bis 2011 gefördert wird.

Zu TOP: 7. Informationen der ARGE

Herr Brader gibt die aktuellen Kennzahlen aus.
Er informiert darüber, dass zu den von der Trägerversammlung beschlossenen Zielvorgaben neue Erwartungswerte formuliert wurden. Dazu erläutert er die Veränderungen bei den einzelnen Zielvorgaben und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Zu TOP: 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind folgende Fragen an die Verwaltung eingegangen.

1. Wie ist der Stand der Planung und Gestaltung des „Beauftragtenbüros“?
2. Welche konkreten Ideen zu Planung, Aufgaben und Kompetenzen des beschlossenen Beirates der ABS gibt es?
3. Welche konkreten Überlegungen der Verwaltung zur Umsetzung des Beschlusses zur Errichtung eines Beirates bei der ABS gibt es bereits?

Herr Scheer antwortet auf die erste Frage: Der Klärungsprozess zum Beauftragtenbüro ist noch nicht abgeschlossen. Aus Sicht des Dezernates III ist die Schaffung eines Beauftragtenbüros sehr sinnvoll. Voraussetzung dafür ist aber eine Schaffung der räumlichen und personellen Bedingungen. Ein Beauftragtenbüro macht nur Sinn, wenn gemeinsame Räumlichkeiten und ein eigenes Sekretariat zur Verfügung stehen. Weiterhin nimmt er Bezug auf Überlegungen, die Behindertenbeauftragte zukünftig weiter im Bereich des Amtsleiters 51 zu belassen.

Frage 2 und 3 wurden von der Beteiligungsgesellschaft beantwortet und dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Zu TOP: 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Über die Stellungnahme des Sozialausschusses zum Sparpaket, die als Erklärung formuliert und an die Presse geleitet wird, wird beraten. Die Mitglieder des Sozialausschusses einigen sich einstimmig auf einen gemeinsamen Erklärungstext.

Zu TOP: 10. Kontrolle der Maßnahmen aus dem Protokoll vom 28.04.2010

Zur Maßnahme zu TOP 3 des Protokolls vom 28.4.2010 „Prüfung der Einrichtung eines sicheren Übergangs von der Bushaltestelle Gützkower Landstr. zum Gelände der Odebrechtstiftung“ antwortet Amt 66, dass im 2. Halbjahr 2010 eine Querungshilfe (Verkehrsinself) installiert wird.

Zur Maßnahme zu TOP 7. liegt wegen Krankheit und Urlaub der zuständigen Sachbearbeiter noch keine Antwort vor.

Zu TOP: Bestätigung des Protokolls vom 28.04.2010
11.

Abstimmungsergebnis:
8 x ja , 3 x Enthaltung

Zu TOP: Schluss der Sitzung
12.

19:15 Uhr

TOP	Zuständigkeit	Aktivität/Anfrage
5.1	Amt 51	KUS: Prüfung der Höhe des Zuschusses bei der Monatskarte für Schüler, Studenten, Azubis
5.1.	Amt 51	Information über Inanspruchnahme der KUS-Mittel im September 2010

gez. Rudi Duschek
Ausschussvorsitzender

gez. Kornelia Bernsdorff
für das Protokoll

Anlage: Antwortschreiben zu TOP 8

Anlage 1 zu TOP 8, Frage 2 und 3

Von: Beteiligungsmanagement

8.6.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf die Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, antworte ich wie folgt:

Über den Beschluss der Bürgerschaft wurden die Mitgesellschafter in der ABS mbH während der Gesellschafterversammlung am 27. April 2010 durch mich informiert. Die Notwendigkeit der Einrichtung eines Beirates als Gesellschaftsorgan wurde von den anderen beiden Gesellschaftern (Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald und CCT logistics partner Training GmbH) auch nach Kenntnisnahme der Begründung der Vorlage zunächst nicht gesehen. Man hat sich verständigt, nochmals über den Präsidenten der Bürgerschaft auf die Fraktionen zuzugehen. Wegen unterschiedlicher, dienst- und urlaubsbedingter Abwesenheit beider Gesellschaftervertreter ist dies noch nicht erfolgt.

Eine nochmalige Befassung und Beratung über das Vorgehen ist auf der nächsten Gesellschafterversammlung, die am 16. Juni 2010 stattfindet, angedacht. Insofern sind sowohl in der Gesellschafterversammlung als auch in der Verwaltung noch keine Festlegungen zu Aufgaben und Kompetenzen des Beirates getroffen worden.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.

K.Teetz

Frau Katrin Teetz
Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Der Oberbürgermeister
Beteiligungsmanagement
17489 Greifswald, Rathaus
Telefon: 03834/ 521233
Telefax: 03834/ 521105
E-Mail: k.teetz@greifswald.de